

# Kapitalquellen und Kapitalverwendung am Vorabend des industriellen Aufschwungs in Deutschland

Von Harald Winkel, Aachen

## I.

Die Wirtschaftsgeschichte hat in den letzten Jahren gerade dort, wo bislang die theoretische Arbeit führend war — und dies gilt insbesondere für den angloamerikanischen Bereich —, eine bemerkenswerte Renaissance erlebt. Bei der theoretischen Arbeit stand und steht in besonderem Maße die Analyse des wirtschaftlichen Wachstums im Vordergrund. Im Rahmen vielfacher Erklärungsversuche über Ursachen und Ausmaß des wirtschaftlichen Wachstums und aus der Einsicht, daß zahlreiche grundlegende Zusammenhänge nichtwirtschaftlicher Art sind, ergab sich zwangsläufig eine stärkere Hinwendung zur wirtschaftsgeschichtlichen Betrachtung. Der Versuch *Rostows*, aus der Vielzahl wirtschaftsgeschichtlicher Einzelerscheinungen ein analytisches Gerüst für eine Wachstumstheorie zu gewinnen, ist dafür ein Beispiel, wie kritisch er im einzelnen auch angesehen werden muß<sup>1</sup>.

Wachstumstheoretische Überlegungen, die Zusammenhänge zwischen der Kapitalausstattung einer Volkswirtschaft und dem Staat sowie der weiteren Entwicklung der Industrialisierung analysieren, sind darüber hinaus gerade in Verbindung mit den Aufgaben, die in den Entwicklungsländern zu lösen sind, Gegenstand einer regen Diskussion. Dabei wird immer wieder beispielhaft auf die Zeit verwiesen, in der auch die heutigen Industrieländer Europas noch echte Entwicklungsländer waren. Man versucht, Parallelen und Gegensätze zwischen der damaligen und der heutigen Situation, zwischen der in Europa (auch in den USA und in Japan) bereits stattgefundenen und in anderen Teilen der Welt erwarteten Entwicklung herauszuarbeiten — wie das mit überraschenden Feststellungen *Borchardt* einmal getan hat<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Walt W. Rostow: *Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie*. 2. Aufl. Göttingen 1967. — Zur kritischen Auseinandersetzung mit *Rostow* vgl. Werner Boppel: *Wirtschaftsstufenlehre und Wachstumstheorie*. (Diss.) Mainz 1967.

<sup>2</sup> Knut Borchardt: *Europas Wirtschaftsgeschichte — ein Modell für Entwicklungsländer?* Stuttgart 1967.

Im Rahmen solcher Überlegungen erscheint es interessant, die Auswirkungen einer mehr oder minder umfangreichen Kapitalausstattung einer Volkswirtschaft am Grad des jeweils erreichten technisch-industriellen Fortschritts zu messen, um auf diese Weise die Ursachen für das Zurückbleiben einzelner Länder hinter der Entwicklung ihrer Nachbarn zu erforschen.

## II.

Der „große Sprung nach vorne“, der Ansatz eines sich danach selbstständig weiterentwickelnden Wachstums- und Industrialisierungsprozesses, beginnt ja nicht mit bestimmten großen Erfindungen gleichzeitig in einem weltweiten Ausmaß. Einzelne Länder scheinen für eine relativ früh einsetzende Entwicklung geradezu prädestiniert, andere wieder lassen erste, sehr zaghafte Ansätze erst Jahrzehnte später erkennen. Als typische Beispiele einer zeitlich nicht parallel verlaufenden Entwicklung werden hier immer wieder Deutschland und England während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts angeführt<sup>3</sup>. Bei einer Betrachtung dieser Zeit läßt sich ohne allzu große Mühe anhand einer Vielzahl von Zeugnissen feststellen, daß die Entwicklung Deutschlands keineswegs mit dem wirtschaftlichen Aufstieg Englands, insbesondere dem wachsenden Industrialisierungsprozeß seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert Schritt gehalten hat<sup>4</sup>.

Gegenüber England waren die damaligen deutschen Staaten wirtschaftlich rückständige Länder. Sicher hat auch diese Generalisierung ihre Ausnahmen: An einzelnen Plätzen hatte sich ein hervorragendes, auch exportfähiges Gewerbe entwickelt wie in Aachen, Krefeld, Nürnberg und im oberdeutschen Raum. Der schlesische Leinenexport wird 1785/86 auf jährlich 4 Mill. Taler veranschlagt, und sächsische Textilgewebe gelangten Ende des 18. Jahrhunderts als Ausfuhrgegut bis in die USA<sup>5</sup>.

Die Rückständigkeit Deutschlands gilt jedoch in besonderem Maße für den Übergang von der handwerklichen zur industriellen Fertigung.

<sup>3</sup> Vgl. dazu die Hinweise bei Knut Borchardt: Zur Frage des Kapitalmangels in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland. Jahrb. f. Nat. u. Stat., Bd. 173 (1961), S. 401.

<sup>4</sup> Hingewiesen sei z. B. auf David S. Landes: Entrepreneurship in Advanced Industrial Countries: The Anglo-German Rivalry. In: Committee on Economic Growth of the Social Science Research Council and Harvard Univ. Research Center in Entrepreneurial History (Hrsg.): Entrepreneurship and Economic Growth. Cambridge (Mass.) 1954. S. 4 ff. — Ernst Kohn-Bramstedt: Aristocracy and the Middle Classes in Germany. London 1937. S. 44.

<sup>5</sup> Vgl. hierzu Max Barkhausen: Der Aufstieg der rheinischen Industrie im 18. Jahrhundert und die Entstehung eines industriellen Großbürgertums. Rheinische Vierteljahrsschriften, 19. Jg. (1954). — Albin König: Die sächsische Baumwollindustrie am Ende des vorigen Jahrhunderts und während der Kontinentalsperre. Leipzig 1899.

Deutschland war eben noch überwiegend Agrarstaat, der zwar aufgrund seiner zentralen Lage über einen vergleichsweise gut ausgebildeten Handel und ein zum Teil örtlich konzentriertes, hervorragendes Handwerk verfügte, dessen Industrie aber keine Bedeutung hatte.

Lange Zeit hindurch wurde für die gegenüber England, aber auch Belgien und Frankreich, so verspätet einsetzende industrielle Entwicklung Deutschlands als „herrschende Lehre“ die Ansicht vertreten, in Deutschland habe es an dem notwendigen Kapital gefehlt, um einen nachhaltigen und raschen Industrialisierungsprozeß frühzeitig einzuleiten. Erstmals hat wohl *Borchardt* 1961 diese „herrschende Lehre“ mit sehr stichhaltigen Argumenten ins Wanken gebracht<sup>6</sup>.

Betrachtet man in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Fülle der schnell untergebrachten Staatsanleihen<sup>7</sup>, die Entwicklung des Zinsfußes<sup>8</sup>, die zeitgenössischen Berichte einzelner Banken oder Kapitalanleger, so kann die These vom Kapitalmangel kaum noch aufrecht erhalten werden. Manche sich offenbar widersprechende Angaben aus jener Zeit, die „heterogene Entwicklung in verschiedenen Gebieten und Sachbereichen“<sup>9</sup>, werden vielleicht verständlich, wenn wir nach Art und Ergiebigkeit der möglichen Kapitalquellen fragen, die in entscheidendem Maß die Bereitstellung industriellen Anlagekapitals beeinflußten. Die Vermutung liegt nahe, daß es gerade bei dem Vergleich England—Deutschland die gegenüber England andere Zusammensetzung des Kapitalstocks, die andere Einstellung der Kapitalbesitzer und ähnliche Einflüsse mehr sind, die einen scheinbaren Kapitalmangel in Deutschland begründen.

### III.

Um den mit so vielen irreführenden Vorstellungen behafteten Kapitalbegriff abzugrenzen, wollen wir im folgenden die *Preisersche* Definition zugrunde legen, wonach unter Kapital die für Investitionen zur Verfügung stehenden Finanzmittel zu verstehen sind<sup>10</sup>.

<sup>6</sup> *Borchardt*: Kapitalmangel, a.a.O., S. 401 ff.

<sup>7</sup> Vgl. Bernhard *Brockhage*: Zur Entwicklung des preußisch-deutschen Kapitalexports. 1. Teil: Der Berliner Markt für ausländische Staatspapiere 1816 bis um 1840. Leipzig 1910.

<sup>8</sup> Dazu vor allem Julius *Kahn*: Geschichte des Zinsfußes in Deutschland seit 1815 und die Ursachen seiner Veränderung. Stuttgart 1884. — Ernst *Voye*: Über die Höhe der verschiedenen Zinsarten und ihre wechselseitige Abhängigkeit. Jena 1902.

<sup>9</sup> *Borchardt*: Kapitalmangel, a.a.O., S. 421.

<sup>10</sup> Erich *Preiser*: Der Kapitalbegriff und die neuere Theorie. In: Erich *Preiser* (Hrsg.): Bildung und Verteilung des Volkseinkommens. Gesammelte Aufsätze. 3. Aufl. Göttingen 1963. S. 103. — Ähnlich auch Joseph *Schumpeter*: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Leipzig 1912. S. 236.

Begriffe wie Industrie-, Anlage- oder Handelskapital sollen lediglich als Hinweise auf die Quellen oder den Einsatzort des Kapitals verstanden werden.

Betrachten wir Art und Ergiebigkeit der Kapitalquellen in Deutschland während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, so zeigt sich folgendes Bild:

### 1. Das Sparkapital

*Sombart*<sup>11</sup> erwähnt in seiner Geschichte der deutschen Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert die rasche Zunahme der Geldvermögen gegen die Jahrhundertmitte, und *Brockhage*<sup>12</sup> führt diese Vermögens- und Kapitalvermehrung auf die „allgemeine Wohlstands- und Einkommensverbesserung breiter Kreise“ zurück. Von einer Einkommensverbesserung größerer Bevölkerungsteile in dem Maße, daß wesentliche Einkommensteile über den Weg des Sparsen wieder als investitionsbereites Kapital hätten zur Verfügung gestellt werden können, war die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts jedoch sicher nicht gekennzeichnet. Das niedrige Einkommensniveau der breiten Masse erzwang eine oft an Dürftigkeit grenzende Einfachheit der Lebensführung und ließ kaum große Ersparnisse zu. Wo Ersparnisse möglich waren, wurde gehortet, d. h. eine oft relativ bescheidene Summe zur persönlichen Absicherung der Zukunft aufbewahrt, wobei keineswegs daran gedacht wurde, diese Horte einem Dritten auch nur vorübergehend zur Verfügung zu stellen.

„Selbst bei dem erfreulichen Sparwillen der Bevölkerung Württembergs“, stellte *Mehmke* bei seiner Untersuchung dieses Gebietes fest, „war die Sparkraft im ganzen zu gering und reichte nicht dazu, Unternehmen großen Umfangs aufzubauen“<sup>13</sup>.

Die schlechte Lage der deutschen Landwirtschaft bis 1830 ist bekannt, die dann einsetzenden Ablösungen in Verbindung mit notwendig werdenden Rationalisierungsmaßnahmen erforderten selbst hohe liquide Mittel. Auch die einsetzende Rationalisierung brachte gegenüber der alten Agrarwirtschaft zunächst keine finanzielle Besserstellung breiter Bevölkerungsschichten. Im Gegenteil: Erst der aus einer immerhin ein Minimum an Nahrung und Wohnung sichernden Agrarwirtschaft herausgerissene Industriearbeiter führte zu einem Proletariat, wie es in der Agrarwirtschaft auch unter den ärmlichsten Ver-

<sup>11</sup> Werner Sombart: Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert und im Anfang des 20. Jahrhunderts. 8. Aufl. Stuttgart 1954. S. 242.

<sup>12</sup> Brockhage: a.a.O., S. 206.

<sup>13</sup> R. L. Mehmke: Entwicklung der Industrie und des Unternehmertums in Württemberg. Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftskunde, 4. Jg. (1939), S. 67.

hältnissen nicht vorgekommen war. Die in den 1830er und 1840er Jahren den Nationalökonomen und Landesregierungen Sorge bereitende Erscheinung des Pauperismus<sup>14</sup>, jener Massenverarmung breiter Bevölkerungskreise, läßt ebenfalls kaum auf eine hohe Sparfähigkeit schließen. Ein Weberaufstand in Schlesien hätte sicher nicht sozial-revolutionäre Formen angenommen, wenn eine Einkommens- und Wohlstandsvermehrung, ein finanzieller Rückhalt breiter Kreise zu verzeichnen gewesen wäre. Konsum- und Lebensansprüchen waren bei niedrigen Löhnen und vor allem beim städtischen Proletariat auch unzureichenden Familieneinkommen enge Grenzen gesetzt<sup>15</sup>.

Diesem Bild einer armen, kaum sparfähigen Bevölkerung stehen andere Ergebnisse gegenüber. So hegt *Borchardt*<sup>16</sup> Zweifel an einer zu geringen Sparfähigkeit und kann sich dabei auf Angaben der preußischen Statistiker *Engel* und *Dieterici* stützen. Der hohe Import und Verbrauch von Kolonial- und Luxuswaren läßt auf einen durchaus noch möglichen Konsumverzicht schließen, allerdings muß dabei auch die starke soziale Differenzierung beachtet werden, die einer zahlenmäßig geringen Oberschicht hohe Luxusausgaben gestattete. Wenn *Dieterici* in einem Vergleich der Jahre 1806 und 1831 angibt, Fabrikationssumme und Verbrauch je Kopf der Bevölkerung seien erheblich angestiegen, so sagt diese Durchschnittsberechnung nur wenig über die Steigerung des allgemeinen Wohlstandes aus<sup>17</sup>. Die gestiegenen durchschnittlichen Einkommens-, Produktions- und Verbrauchs-ziffern können sehr wohl allgemein auf die vorauselende Entwicklung einzelner Gebiete (z. B. Oberschlesien, der Ballungsraum Berlin, die niederrheinische Textilindustrie) und auf besondere Erfolge weniger Unternehmer und Kaufleute zurückzuführen sein. Auch die Schlußfolgerung *Dietericis*, daß die Bevölkerung Ersparnisse erübrigte, weil neben einem gleichbleibenden oder gar gestiegenen Verbrauch Millionen Taler für den Eisenbahnbau, den Erwerb von Staatspapieren usw. zur Verfügung gestellt worden seien, ist nicht zwingend<sup>18</sup>. Diese finanziellen Mittel können — wie wir sehen werden — sehr wohl aus anderen Quellen geflossen sein.

<sup>14</sup> Vgl. Wilhelm *Abel*: Der Pauperismus in Deutschland am Vorabend der industriellen Revolution. Dortmund 1966. — Umfangreiche Literatur bei Paul *Mombert*: Aus der Literatur über die soziale Frage und über die Arbeiterbewegung in Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Archiv f. d. Geschichte d. Sozialismus u. d. Arbeiterbewegung, 9. Jg. (1921), S. 169 ff.

<sup>15</sup> Vgl. etwa Friedrich *Seidel*: Die soziale Frage in der deutschen Geschichte. Wiesbaden 1964. S. 267 ff.

<sup>16</sup> *Borchardt*: Kapitalmangel, a.a.O., S. 403.

<sup>17</sup> Carl Friedrich Wilhelm *Dieterici*: Der Volkswohlstand im preußischen Staate. Berlin-Posen-Bromberg 1846. S. 256.

<sup>18</sup> *Dieterici*: a.a.O., S. 261.

Schließlich könnte auch aus der Förderung des Sparkassenwesens auf eine wachsende Sparfähigkeit geschlossen werden<sup>19</sup>. Doch stand bei der Neugründung solcher Kassen weniger die Notwendigkeit im Vordergrund, eine Fülle angebotener Spargelder unterzubringen, als vielmehr der Wunsch, spezielle Kassen und Kreditanstalten für bestimmte Wirtschaftsbereiche oder Personengruppen (Landwirte, Kleingewerbetreibende u. a.) zu schaffen. So lag einer der ältesten Gründungen dieser Art, der Fürstlich-Castell'schen Kreditkasse von 1774, die Absicht zugrunde, „die Untertanen aus den Klauen des Wuchers zu reißen“<sup>20</sup>.

Trotzdem verfügten alle diese Institute über Einlagen, die, gemesen an dem sonst flüssig gemachten Kapital, vielleicht bescheiden waren — z. B. verfügte die Württembergische Sparkasse 1846 über rund 3 Mill. fl.<sup>21</sup>, eine gegen Ende der 1830er Jahre aufgelegte Anleihe der Main-Neckar-Bahn wurde dagegen in zwei Stunden mit 16 Mill. fl. überzeichnet!<sup>22</sup> —, aber doch von einer sparfähigen und sparwilligen Bevölkerung aufgebracht werden mußten. Erst ausreichende Detailuntersuchungen werden über Existenz und Umfang möglichen Sparkapitals letzte Auskunft geben können.

Wenn Kapital aus persönlichen Ersparnissen — oder besser Horten — für eine industrielle Anlage zur Verfügung gestellt wurde, dann handelte es sich stets um Einzelfälle: Darlehen von Verwandten und Freunden, Kapital aus Erbschaft oder Heirat. Wir wissen aus zahlreichen Firmengeschichten und Unternehmerbiographien, wie auf diese Weise ein industrieller Anfang zustande kam, wieviel Zufälle, glückliche Umstände und Verbindungen hier eine Rolle spielten. Sicher wurde so manchem kleinen Handwerker und Techniker der Aufstieg zum industriellen Unternehmer ermöglicht<sup>23</sup>, doch reicht es nicht aus, damit die Kapitalquellen der beginnenden Industrialisierung erklären zu wollen.

Aber selbst wenn eine ausgedehnte Sparfähigkeit und genügend Sparwillen vorhanden gewesen wären, hätte ein wesentlicher Faktor, um ein solches Kapitalangebot sichtbar und einsatzbereit zu machen, gefehlt:

<sup>19</sup> Vgl. etwa die Gründung von Hilfskassen in Bayern 1822 oder das preußische Reglement des Sparwesens von 1838.

<sup>20</sup> Erhard Krause: 175 Jahre Fürstlich-Castell'sche Bank, Credit-Casse. Castell 1949. S. 18.

<sup>21</sup> Ernst Klein: Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: *Akademie für Raumforschung und Landesplanung* (Hrsg.): Raumordnung im 19. Jahrh., 2. Teil. Hannover 1967. S. 106.

<sup>22</sup> Brockhage: a.a.O., S. 201.

<sup>23</sup> Zahlreiche Beispiele dazu bei Werner Kocks: Verhaltensweise und geistige Einstellung niederbergischer Unternehmer der frühindustriellen Zeit. (Diss.) Köln 1956. S. 42 f.

## 2. Die Banken als Kapitalsammelbecken und Kreditanbieter

In engem Zusammenhang mit den Fragen der Kapitalbeschaffung steht die Frage nach dem Bankenapparat. Ein weitverzweigtes funktionsfähiges Bankensystem war jedoch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht vorhanden. Neben wenigen Staats- und Spezialbanken, die entweder als „Zettelbanken“ die Notenausgabe und Geldversorgung des Staates sicherzustellen oder als Hypothekenbanken (so die schlesischen „Landschaften“) Realkredit zu beschaffen bzw. als Kaufmannsbanken (so die Banco Publico in Nürnberg oder die Hamburger Bank) die Geschäfte der Großkaufleute zu betreuen hatten, gab es an größeren Häusern nur jene, teilweise aus Hoffinanziers hervorgegangenen, Privatbanken, deren Geschäftstätigkeit sich in der Vermittlung von Staats- und Fürstenkredit erschöpfte<sup>24</sup>. Für den privaten Kreditbedarf, für Unternehmer und Kaufleute standen diese Banken kaum zur Verfügung; die Mehrzahl aller Kaufleute und Gewerbetreibenden hatte überhaupt noch keine Bankverbindung. Mit Ausnahme der größeren Häuser in Berlin, Frankfurt oder Köln besaßen diese Privatbanken auch nicht die Mittel, um größere industrielle Unternehmungen wirksam zu fördern. In Baden klagt man zum Beispiel 1844, daß „das ganze angegebene Betriebskapital unserer Bankiers zu Karlsruhe und Mannheim nur zwischen 300 000 fl. und 400 000 fl. beträgt“<sup>25</sup>. Im Vergleich dazu mußte für die Gründung einer Weberei, Spinnerei, Papier- oder Maschinenfabrik ein Kapital zwischen 20 000 fl. und 80 000 fl. aufgebracht werden, die 1846 gegründete Eßlinger Maschinenfabrik erhielt gar eine Kapitalausstattung von 500 000 fl.<sup>26</sup>. Darauf hinaus war die Vermittlung von Krediten an die Landesherren ein seit langem gepflegtes, mit besten Sicherheiten versehenes Geschäft, das die Bankiers nicht dazu verleiten konnte, sich den neuen risikoreichen und noch unübersichtlichen „industriellen Etablissements“ zuzuwenden.

Allerdings ist auch hier das Bild nicht einheitlich. So begegnet uns dort, wo der Staat in der ersten Jahrhunderthälfte unterstützend in den Industrialisierungsprozeß eingreift, auch die Aktivität der Staats- und Hofbanken, wie z. B. die Tätigkeit der Königlich-Preußischen Bank und Seehandlung unter Christian von Rother<sup>27</sup> oder die der

<sup>24</sup> Beispielhaft sind hier die Frankfurter Bankhäuser Rothschild, Bethmann, Nicolaus Schmidt, Grunelius u. a.

<sup>25</sup> Felix Hecht: *Bankwesen und Bankpolitik in den süddeutschen Staaten 1819 bis 1875*. Jena 1880. S. 105.

<sup>26</sup> Klein: a.a.O., S. 102 f.

<sup>27</sup> Dazu ausführlich Ilja Mieck: *Preußische Gewerbepolitik in Berlin 1806—1844*. Berlin 1965. S. 161 ff.

Königlichen Hofbank in Stuttgart<sup>28</sup>. Daneben haben sich auch private Bankhäuser für industrielle Gründungen interessiert. Relativ früh nahmen so Kölner Bankiers Verbindung zu Gewerbe und Industrie auf, wohl ausgehend davon, daß ihre Betätigung in Handel und Rheinschiffahrt hier eine sinnvolle Ergänzung finden würde. Viele Unternehmer des Ruhrgebietes verdanken dem Kölner Bankiergewerbe ihren Aufstieg; in der bergischen Eisen- und rheinischen Textilindustrie war Kapital Kölner Banken angelegt, und das Haus Schaaffhausen, mit rund 140 Unternehmungen in Geschäftsverbindung, geriet durch allzu große Industrikreditgewährung Ende der 1840er Jahre gar in eine Finanzkrisis<sup>29</sup>. Klein hat auf verschiedene Stuttgarter Privatbanken hingewiesen, die ebenfalls vor 1850 an Industriefinanzierungen beteiligt waren<sup>30</sup>. Trotzdem scheint sich eine Betätigung als Industriefinanzier auf Einzelfälle beschränkt zu haben, insbesondere aber jene Banken umfaßt zu haben, die sich aus einem Gewerbe- oder Handelsbetrieb zu einem Bankgeschäft fortentwickelten oder aufgrund ihrer Lage, der persönlichen Neigung der Inhaber und ähnlicher Gründe zur gewerblichen Wirtschaft eine besondere Beziehung hatten. Von diesen Ausnahmen abgesehen aber gilt wohl die Klage des fürstenbergischen Hüttdirektors *von Steinbeiß*: „Man klagt bei uns immer über Mangel an Kapital, nichts ist aber unbegründbarer als diese Klage; bei uns ist mehr Kapital als in anderen Ländern, deren Industrie es nicht an Kapitalien gebreit, dies beweist unser niedriger Zinsfuß; allein es fehlt an den Anstalten, welche dem Kapital den Weg zur Industrie eröffnen und für eine sichere Anlage in derselben Sorge tragen — an den Banken<sup>31</sup>.“

Erst um die Jahrhundertmitte sollte der für die Kapitalversorgung der Industrie notwendige Bankenapparat entstehen. Nachdem 1843 durch die Kodifizierung des Aktienrechts in Preußen die Basis für die Gründung von Aktiengesellschaften geschaffen worden war — nicht zuletzt bedingt durch den Eisenbahnbau und die dazu notwendigen Kapitalien, die nur von großen Kapitalgesellschaften aufgebracht werden konnten —, beginnt 1848 eine Gründungswelle von Aktienbanken, die nun speziell für Industrie und Handel zur Verfügung stehen. Die Gründung der Berliner Discontogesellschaft 1851 wird ausdrücklich mit dem Wunsch verbunden, auch „soliden, kleineren Gewerbetreibenden den Kredit zu gewähren . . ., den sie bisher nur zu verhält-

<sup>28</sup> Vgl. Klein: a.a.O., S. 107 ff.

<sup>29</sup> Alfred Krüger: Das Kölner Bankiergewerbe vom Ende des 18. Jahrhunderts bis 1875. Essen 1925. S. 16 u. S. 22 ff.

<sup>30</sup> Klein: a.a.O., S. 107.

<sup>31</sup> Ferdinand v. Steinbeiß: Die Elemente der Gewerbeförderung nachgewiesen an den Grundlagen der belgischen Industrie. Stuttgart 1853. S. 276.

nismäßig hohen Bedingungen, wenn überhaupt, erlangen können“<sup>32</sup>. Kölner und Berliner Kaufleute und Bankiers gehen auch hier wieder führend voran, während der bedeutende Bankplatz Frankfurt, konservativ geblieben, sich der Industriefinanzierung nur zögernd zuwendet.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß die beginnende Industrialisierung in Deutschland vor 1850 im wesentlichen auf die Unterstützung durch große leistungsfähige Banken, die dieses Geschäft nicht nur gelegentlich oder in Erfüllung staatlicher Förderungswünsche betrieben, verzichten mußte.

### 3. Das Handelskapital

Die seit Jahrhunderten bedeutendste Kapitalquelle war der Handel. Keine andere Tätigkeit konnte, abgesehen vom zeitlich begrenzten Abbau von Edelmetallen, bis in das 19. Jahrhundert hinein ähnlich günstige Gewinnchancen aufweisen. Bevor das Verkehrswesen durch Eisenbahn und Dampfschiff völlig neu gestaltet wurde, waren die einzelnen Märkte weit schärfer voneinander getrennt als nach dem Einsatz dieser schnellen und billigen Verkehrsmittel. Große regionale Preisunterschiede konnten dem Kaufmann auch bei geringen Warenmengen noch beträchtliche Gewinne bringen. Die großen Handelszentren Köln, Nürnberg, Augsburg, Frankfurt u. a. waren dann auch die Plätze, an denen erstmals größere Kapitalien anlagesuchend hervortraten, die, den althergebrachten Erfahrungen ihrer Besitzer folgend, vorzugsweise wieder im Handel Betätigung suchten. Die leichte Beweglichkeit dieses Kapitals, das zunächst ja nicht in Grundbesitz oder langfristigen Beteiligungen gebunden war, ließ bei günstiger Gelegenheit den Kaufmann auch einmal außerhalb des Handels nach Anlagemöglichkeiten suchen. Die Herkunft vieler industrieller Unternehmer aus Kreisen des Handels ist für das Ruhrgebiet bekannt<sup>33</sup>, Klein hat zahlreiche Beispiele auch für Württemberg gefunden<sup>34</sup>. Tüchtige Kaufleute sind so durch ihre finanzwirtschaftlichen Fähigkeiten zu Bankiers und Organisatoren gewerblicher Unternehmen und auch verkehrswirtschaftlicher Einrichtungen geworden<sup>35</sup>; sie haben die Funktion der noch fehlenden Kreditbanken übernommen und sie so erfüllt wie schon früher etwa im Verlagssystem. Der Handel hat gerade in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts in Deutschland nach neuen Mitteln und

<sup>32</sup> David Hansemann: *Das Wesen der Discontogesellschaft in Berlin und ihre Benützung*. Berlin 1852, S. 7.

<sup>33</sup> Wilhelm Däbritz: *Aus der Entstehungszeit des rheinisch-westfälischen Industrieviers*. Deutsches Adelsblatt, 1927, S. 388.

<sup>34</sup> Klein: a.a.O., S. 104.

<sup>35</sup> Friedrich Zunkel: *Der rheinisch-westfälische Unternehmer 1834—1879*. Köln-Opladen 1962. S. 26.

Wegen für eine Ausweitung seiner Möglichkeiten, für eine werterhaltende Anlage seiner Kapitalien gesucht. Die Kaufleute sahen ja zuerst die Auswirkungen, die sich nach Wegfall der Kontinentsperre ergeben, als die englische Industrieproduktion den deutschen Markt überflutete. Die dem Konkurrenzdruck kaum gewachsene gewerbliche Produktion bot kein verlockendes Ziel für Kapitalanlagen — wohl aber die sich gerade entwickelnde Eisenbahn, die, nachdem der 1834 zustande gekommene Zollverein für den Handel erste Erfolge versprach, bestens geeignet erschien, ein großes Wirtschaftsgebiet zu erschließen. Die grundlegende Bedeutung des Eisenbahnbaus für die Erweiterung des Handels durch schnelle Nachrichten- und Warenübermittlung über große Entfernungen wurde erkannt, die Investitionen in diesem Bereich wurden als weniger risikoreich angesehen als in der Industrie. Mußte Preußen noch 1842 den privaten Geldgebern eine Zinsgarantie geben, um „sie dadurch zum Bau der nötigen Bahnen zu ermuntern“<sup>36</sup>, so floß das Kapital bald überreichlich: 1844 wurden für eine 2,4 Mill.-Taler-Emission der Eisenbahnlinie Köln—Krefeld 53,0 Mill. Taler, für die thüringische Bahn statt der notwendigen 16 Mill. Taler 167 Mill. Taler aufgebracht<sup>37</sup>; 1836 wurden für die Strecke Heilbronn—Friedrichshafen noch vor Aufstellung eines Kostenvoranschlages 9,6 Mill. fl. gezeichnet<sup>38</sup>. Diese Beispiele lassen sich um viele vermehren, sie passen schlecht zur Theorie vom Kapitalmangel! Finanzierungssorgen scheint es jedenfalls im deutschen Eisenbahnbau nicht gegeben zu haben, ganz im Gegensatz zu den suspekten „gewerblichen Etablissements“. Nach Brockhage, der sich eingehend mit dem preußischen Kapitalmarkt befaßt hat, wurden die bis 1850 im preußischen Eisenbahnbau investierten 150 Mill. Taler vor allem durch den Handel aufgebracht<sup>39</sup>. Somit kann das Handelskapital hier wohl als typische Kapitalquelle angesehen werden, für die Finanzierung der Industrie vor 1850 läßt sich eine so eindeutige Antwort dagegen nicht geben.

#### 4. Die Selbstfinanzierung

Nur in sehr begrenztem Umfang scheint der Hinweis auf die Selbstfinanzierung als eine Kapitalquelle für die deutsche Industrialisierung zulässig. Um Selbstfinanzierung, d. h. Innenfinanzierung mit eigenen Mitteln, überhaupt betreiben zu können, muß ein Unternehmen nicht nur bereits vorhanden sein, sondern auch die Anlaufschwierigkeiten überwunden und frei verfügbare Gewinne erzielt haben. Selbstfinan-

<sup>36</sup> Georg Stürmer: Geschichte der Eisenbahn. Bromberg 1872. S. 10.

<sup>37</sup> Hans Leiskow: Spekulation und öffentliche Meinung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Jena 1930. S. 12.

<sup>38</sup> Klein: a.a.O., S. 100.

<sup>39</sup> Brockhage: a.a.O., S. 206.

zierung kann daher niemals die Basis einer Neugründung sein, es sei denn, es handelt sich um Zweigwerke oder Filialbetriebe bereits bestehender Unternehmen. Jedoch war der Fall, daß Unternehmen durch andere Unternehmen gegründet wurden, in den Aufbaujahren der kapitalistischen Industriewirtschaft — verglichen mit den Unternehmensgründungen heute — äußerst selten. Unternehmen, die die Gründungsphase erfolgreich bestanden hatten, waren dann allerdings auf die Selbstfinanzierung zum weiteren Ausbau angewiesen, solange eine funktionsfähige Bankenorganisation, ein ausreichendes Kreditangebot und die Bereitschaft anderer Kapitalbesitzer zu industriellen Investitionen fehlten. Dieser Zwang, Gewinne zu investieren, um das Unternehmen zu erhalten und weiter auszubauen, führte dazu, daß Selbstfinanzierung weitgehend zu Lasten der Arbeitslöhne betrieben wurde. Die Ausnutzung der Arbeitskraft bei extrem niedrigen Löhnen, wie sie in zahlreichen Beispielen aus jener Zeit geschildert wird, muß auch von dieser Seite gesehen werden: Die Löhne waren so niedrig, nicht weil der Unternehmer nicht mehr zahlen wollte, sondern weil er nicht mehr zahlen konnte. Daß durch das große Angebot an Arbeitskräften auch langfristig die Löhne nicht stiegen, sei hier nur am Rande vermerkt. Auch die seit Friedrich *List* immer wieder erhobenen Schutzzollfordernungen müssen einmal unter dem Blickwinkel gesehen werden, daß die Unternehmer auf den Schutz ihrer Gewinne zur sonst gefährdeten Investition angewiesen waren. Sicher gab es auch Unternehmer, die ihre Gewinne nicht reinvestierten, die den persönlichen Lebensstandard weit über das damalige Durchschnittsmaß hinausschraubten, aber sie bildeten die Minderheit. Wer sein Unternehmen ausbauen wollte, mußte auch als „Kapitalist“ hart um seine Existenz ringen, mußte seine Gewinne unmittelbar wieder dem Unternehmen zuführen.

Verwendet man dagegen den Begriff Selbstfinanzierung in einer betriebswirtschaftlich nicht exakten, jedoch umfassenderen Weise und bezeichnet damit generell die Begründung industrieller Unternehmen mit eigenen Mitteln des Unternehmers, so trifft dies für sehr viele Unternehmen des frühen 19. Jahrhunderts zu. Einmal konnte mit gespartem, ererbtem oder erheiratetem Kapital ein gewerbliches Etablissement eingerichtet werden, zum andern wurden aus bestehenden handwerklichen Betrieben — dann auch unter Verwendung der hier erwirtschafteten Gewinne — industrielle Unternehmen entwickelt<sup>40</sup>. „Es bedurfte keines großen Kapitals, um in damaliger Zeit gewerblicher Unternehmer zu werden. Zumeist reichten die Ersparnisse der Gesellenzeit, darüber hinaus halfen Bekannte und Verwandte zum

---

<sup>40</sup> Beispiele dazu bei Klein: a.a.O., S. 103.

Aufbau neuer Fabrikanlagen<sup>41</sup>.“ Allerdings mußte es gelingen, neue Ideen zu verwirklichen, englische Muster und Vorbilder erfolgreich nachzuahmen oder gar zu verbessern, sich aus den Zunftgewohnheiten zu lösen und eben den Anschluß an jenen „new English type of industry“ zu finden, wenn wirklich ein dauerhafter Erfolg eintreten sollte. So sind es auch hier immer nur einzelne, denen der Weg zum industriellen Ausbau ihrer Unternehmen gelingt; ihr Schicksal ist aus Unternehmerbiographien und Firmengeschichten hinreichend bekannt. Wie groß mag die Zahl derer gewesen sein, die, weniger von glücklichen Umständen begünstigt, wieder in die Anonymität zurückfielen?

### 5. Die Kapitalbereitstellung durch den Staat

Für das ausgehende 18. Jahrhundert lassen sich als Ausfluß mercantilistischer Politik noch zahlreiche staatliche Unterstützungs- und Hilfsmaßnahmen für das Gewerbe feststellen. Dagegen könnte man annehmen, zumindest im liberalen Preußen des 19. Jahrhunderts seien solche staatlichen Eingriffe nicht mehr üblich gewesen. Jedoch auch hier zeigt sich die sicher sehr positive Einstellung vieler Staatsbeamter und führender Politiker zum ökonomischen Liberalismus<sup>42</sup> zunächst nicht darin, daß man bestehende staatliche Behörden und Organisationen auflöst, daß der Staat sich aus der Wirtschaft zurückzieht, vielmehr erweist sich das Gegenteil. Überkommene mercantilistische Praxis und neue liberale Ideen wirken sich in gemeinsamer Initiative zur Förderung und Ankurbelung des Wirtschaftslebens aus. Die Erkenntnis einer allgemeinen Rückständigkeit Deutschlands gegenüber England spielt dabei eine wesentliche Rolle. Die Wirtschaftsmacht Englands war nicht allein mit der Verwirklichung staatlich-politischer Freiheitsrechte, wie sie die preußischen Reformen seit 1807 gebracht hatten, einzuholen. Man mußte auch den einzelnen an die vom ökonomischen Liberalismus gebotenen Chancen heranführen, ihn mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten, vor allem aber dem bereits vorhandenen technischen Instrumentarium vertraut machen: Nur so konnte man einen wirtschaftlichen Aufschwung erwarten. Hier bot sich den zahlreichen Vereinen und Gesellschaften ein reiches Betätigungsfeld, die zur „Pflege und Aufmunterung von Handel und Gewerbe“ ins Leben gerufen wurden<sup>43</sup>. Insgesamt gewinnt man aus der Tätigkeit dieser

<sup>41</sup> Heinz Sachtleber: *Wandlungen des industriellen Unternehmers in Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts*. (Diss.) Halle 1937. S. 6.

<sup>42</sup> Zur Entwicklung, Dogmatisierung und Radikalisierung des Smithschen Liberalismus in Preußen vgl. Wilhelm Treue: *Wirtschaftszustände und Wirtschaftspolitik in Preußen 1815–25*. Stuttgart 1937. S. 146.

<sup>43</sup> Z. B. der polytechnische Verein zur Aufmunterung der Industrie in Bayern (1815), der Verein für Handel und Gewerbe in Württemberg (1819), der Kunstu-

Vereine, die sich alle mehr oder minder staatlicher Beteiligung oder zumindest Unterstützung erfreuten, und der direkten Staatsinitiative folgendes Bild<sup>44</sup>:

1. Direkte staatliche Kapitalhilfen, Subventionen usw. als anerkanntes Mittel mercantilistischer Gewerbepolitik hätten, weiter wie bisher angewandt, die Preisgabe liberaler Vorstellungen bedeutet. Es mußten im Gegenteil die Gewerbetreibenden davon überzeugt werden, daß eine Fortsetzung mercantilistischer Privilegien- und Subventionspolitik nicht zu erwarten war. So wurde 1830 einem Berliner Tuchweber, der um 10 000 Taler Kredit gebeten hatte, weil seine Wechsel, da er nur zur Mittelklasse der Fabrikanten gehöre, nicht diskontiert würden, die Antwort zuteil: „Es muß jedem Fabrikanten überlassen bleiben, sich das erforderliche Kapital zur Anlage, Erweiterung und zum Betrieb seines Gewerbes, wenn er es nicht besitzt, durch Privatkredit zu beschaffen<sup>45</sup>.“ Der Hinweis auf das klassische Finanzierungsinstrument des Privatmannes, den Wechsel, zeigt, wie notwendig ein Herkommen aus oder zumindest Verbindungen zur Kaufmannschaft waren, um in größerem Rahmen Kredite zu bekommen. 1834 wird es in Berlin abgelehnt, „gewerbliche Unternehmungen durch bare Vorschüsse hervorzurufen und zu befördern und soweit dem Mangel an Betriebskapital der Unternehmer abzuhelfen“<sup>46</sup>, und zehn Jahre später heißt es in Württemberg, „der bloße Mangel an Betriebskapital kann keinen Grund abgeben, Anleihen aus Staatsmitteln zu gewähren“<sup>47</sup>. Wenn in Baden das Kreditgesuch eines Gewerbetreibenden mit den Worten abgelehnt wird: „eine derart unmittelbare herrschaftliche Einwirkung auf das Emporkommen der Fabriken führe nur selten zum Zweck“, so spiegelt sich darin auch die Erfahrung wider, die man mit vielen der in mercantilistischer Zeit so eifrig geförderten Manufakturen gemacht hatte, von denen sich nur die wenigsten in das 19. Jahrhundert hinüberretten konnten.

Trotz dieser Beispiele trügt jene offensichtlich vom ökonomischen Liberalismus geprägte Einstellung staatlicher Organe. Wie nicht minder zahlreiche Gegenbeispiele beweisen, hat sich der Staat in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts keineswegs als „Nachtwächter“ verhalten, sondern in vielfacher Weise auch finanziell Gewerbe und Unternehmertum gefördert. Die württembergische Maschinenfabrik in Esslingen

---

und Industrieverein in Baden (1820) und der Verein zur Beförderung des Gewerbeleises in Preußen (1821).

<sup>44</sup> Vgl. dazu *Mieck*: a.a.O., S. 61 ff.

<sup>45</sup> So in einem Schreiben des Direktors der Abteilung für Handel und Gewerbe im preußischen Finanzministerium, Beuth, vom 26. 11. 1830 (zitiert nach *Mieck*: a.a.O., S. 125).

<sup>46</sup> Zitiert nach *Mieck*: a.a.O., S. 125.

<sup>47</sup> Vgl. *Klein*: a.a.O., S. 117.

erhielt bei ihrer Gründung 1846 eine Starthilfe des Staates von 200 000 fl. (Eigenkapital: 300 000 fl.)<sup>48</sup>, die Geschichte der Königlich-Preußischen Bank und Seehandlung kennt zahlreiche Beispiele der Förderung von Musterbetrieben, finanzieller Beteiligungen, Kredit- und Zinsgarantien, der Unterstützung notleidender Privatunternehmer und ähnliches mehr<sup>49</sup>. In Württemberg spielte die Königlich-Württembergische Hofbank in Stuttgart als „Kreditgeberin der jungen Industrie des Landes“ eine ähnliche Rolle<sup>50</sup>. Alles in allem — und das wird gerade auch in der Untersuchung von *Mieck* für den Berliner Raum deutlich — darf die staatliche Kapitalhilfe für den beginnenden Industrialisierungsprozeß selbst im liberalen Preußen nicht unterschätzt werden.

2. Neben der direkten Kapitalhilfe für Investitionen und Betriebsmittel wurden vom Staat und von halbstaatlichen Organisationen zahlreiche weitere Hilfen gegeben, z. B. Zollbefreiungen für die Einfuhr ausländischer Maschinen, Zuschüsse bei Auslandsreisen, die auf diese Weise oft genug eine staatlich geförderte Industriespionage darstellten, oder Förderung und Veranstaltung von Industrieausstellungen. Ein Weiterleben merkantilistischer Einwanderungspolitik zeigt sich in der Förderung der Einwanderung von ausländischen Unternehmern und Arbeitskräften, um der heimischen Industrie Fachkräfte und Vorbilder zu liefern. Im Ausbau des Prämienwesens<sup>51</sup>, der Ehrungen und Preisverteilungen folgte man dem englischen Beispiel, wo seit 1774 die Gesellschaft zur Förderung der Künste, der Manufakturen und des Handels Preise aussetzte, ebenso wie das Parlament für Erfindungen, die nicht patentiert, sondern der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt wurden, Anerkennungsprämien zahlte<sup>52</sup>. Neben finanzieller Hilfe des Staates steht so ein umfangreicher Katalog an Maßnahmen, woraus sich eine eigenständige Verbindung merkantilistisch-autoritärer Methoden mit liberalem Geist ergibt, eine typische Verhaltensweise für ein Land, das dem Zwang zur Industrialisierung ausgesetzt ist und dabei vielschichtige Schwierigkeiten zu überwinden hat.

## 6. Die Kapitalien der Grundherren

In der ersten Jahrhunderthälfte wurde in allen deutschen Ländern die Grundlastenablösung in Angriff genommen und teilweise bereits abgeschlossen. Im Zuge dieser Befreiung der Bauern von mancherlei

<sup>48</sup> *Klein*: a.a.O., S. 103.

<sup>49</sup> *Mieck*: a.a.O., S. 126 und 161.

<sup>50</sup> Vgl. *Klein*: a.a.O., S. 107.

<sup>51</sup> Für Württemberg vgl. *Klein*: a.a.O., S. 116 ff.; für Preußen *Mieck*: a.a.O., S. 75 ff.

<sup>52</sup> Crompton erhielt z. B. für seine Spinnmaschine 5 000 Pfund Sterling.

Bindungen und Lasten mußten von diesen bisherigen grundherrlichen Untertanen erhebliche Kapitalbeträge aufgebracht werden, die den Grundherren als Entschädigung für die Aufgabe ihres Obereigentums, ihres Anspruchs auf Dienste und Abgaben, zu zahlen waren. Hier wurden gerade in der entscheidenden Phase des industriellen Aufbruchs Millionenbeträge — teilweise durch Zwischenschaltung staatlicher Kas- sen — mobilisiert, die anlagesuchend auf den Markt traten<sup>53</sup>. Für eine rein konsumtive Verwendung bei den Empfängern waren diese Kapitalien zu groß, außerdem mußten sie einer ertragreichen Anlage zugeführt werden, da ihre zukünftigen Zinserträge die oft einzige Einnahmequelle bildeten, die den adeligen Grundherren, den Kirchen und anderen Empfängern nun noch zur Verfügung stand. Die Forde- rung nach sicherer, dauerhafter Anlage mit einer bestimmten Mindest- einnahme, die vielfach bestehenden Familiengesetze und Fideikom- misse und ähnliche in Tradition und zeitentsprechendem Sicherheits- denken beruhenden Einschränkungen ließen eine freie Anlage dieser Kapitalien vielfach nicht zu. So konnten diese Kapitaleigentümer in der Regel nur bestimmte Anlageformen wählen, wie z. B. den Ankauf von Grund und Boden oder den Erwerb von Staatspapieren. Gerade die Mobilisierung dieser Kapitalien hat mit dazu beigetragen, daß in bestimmten Bereichen, wie etwa dem Wertpapiermarkt, ein Kapital- überfluß, auf anderen ein Kapitalmangel zu erkennen ist. Für Zwecke der Industriefinanzierung standen diese Mittel nur in Ausnahmefällen zur Verfügung.

## 7. Das Auslandskapital

Die Bedeutung ausländischer Kapitalhilfe für die industrielle Ent- wicklung Deutschlands wird meistens überschätzt; sie wird nicht selten als „deus ex machina“ zu Hilfe gerufen, wenn andere Erklärungsmög- lichkeiten versagen. *Wiedenfeld* beruft sich z. B. auf die erheblichen Kapitalien, die nach Deutschland geflossen seien<sup>54</sup>, *Cameron*<sup>55</sup> urteilt etwas vorsichtiger, während in den Lehrbüchern von *Hausherr*<sup>56</sup> und *Treue*<sup>57</sup> wieder die Bedeutung ausländischen Kapitals für die Industrialisierung in Deutschland hervorgehoben wird. Sicher ist im Rahmen der technischen Entwicklungshilfe, die besonders im Ruhr-

<sup>53</sup> Vgl. dazu im einzelnen Harald *Winkel*: Die Ablösungskapitalien aus der Bauernbefreiung in West- und Süddeutschland. Stuttgart 1968.

<sup>54</sup> Kurt *Wiedenfeld*: Die Herkunft der Unternehmer und Kapitalisten im Aufbau der kapitalistischen Zeit. Weltw. Archiv, Bd. 72, I (1954), S. 274.

<sup>55</sup> Rondo E. *Cameron*: Some French Contributions to the Industrial Development in Germany 1840—1870. Journal of Economic History, Vol. 16 (1956), S. 281 ff.

<sup>56</sup> Hans *Hausherr*: Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit. 3. Aufl. Köln-Graz 1960. S. 397.

<sup>57</sup> Wilhelm *Treue*: Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit. Stuttgart 1962. S. 543.

gebiet lange Zeit durch England freiwillig oder auch unfreiwillig — etwa durch Abwerbung englischer Fachkräfte und Industriespionage — gegeben wurde<sup>58</sup>, neben englischen Patenten und Maschinen auch englisches Kapital hereingekommen; gleiches gilt für Frankreich<sup>59</sup>. Auch über Kaufleute und Bankiers der großen Handelsstädte fand ausländisches Kapital Eingang und Anlage in einzelnen Unternehmen<sup>60</sup>. Darüber hinaus war in den Grenzgebieten Kapital- und Wirtschaftshilfe der Nachbarstaaten spürbar, so im süd-württembergischen und badischen Raum aus der Schweiz<sup>61</sup>, im Aachener Raum aus Belgien<sup>62</sup>. Für den niederrheinischen Raum und das Ruhrgebiet nennt von Kleist eine Fülle ausländischer Kapitalbeteiligungen<sup>63</sup>; Namen von Bergwerksgesellschaften und Zechenbezeichnungen weisen bis heute darauf hin. Allerdings dürfte hier der Anstoß zur Unternehmensgründung oft weniger von der Kapitalsseite als vielmehr von den aus dem Ausland kommenden Fachleuten, technischen Kenntnissen und Verfahren ausgegangen sein. Die unternehmerische Betätigung von John Cockerill und Thomas Mulvany sind dafür typische Beispiele<sup>64</sup>. Trotz aller nachweisbaren ausländischen Investitionen würde man wohl zu weit gehen, und es hieße die inländischen Gegebenheiten erkennen, wenn dem Auslandskapital die tragende Rolle beim Aufbau der deutschen Industrie zugeschrieben würde. Aus seinen Bemühungen um eine Erfassung aller Zahlenwerte zur deutschen Entwicklung im 19. Jahrhundert folgert dann auch Hoffmann, daß Kapital nur in sehr kleinem Umfang importiert worden sei<sup>65</sup>.

#### IV.

Prüft man die Kapitalquellen, die hier kurz skizziert wurden, eingehender — was leider aufgrund der bislang vorliegenden Detailforschungen noch nicht in wünschenswert vollständigem Umfang gesche-

<sup>58</sup> Vgl. William Otto Henderson: England und die Industrialisierung Deutschlands. Zeitschrift f. d. ges. Staatsw., 108. Band (1952), S. 264 ff. — Ders.: Britain and Industrial Europe 1750—1870, Studies in British Influence on the Industrial Revolution in Western Europe. Liverpool 1954.

<sup>59</sup> Cameron: a.a.O., 281 ff.

<sup>60</sup> Vgl. Josef Legge: Kapital- und Verwaltungsüberfremdung bei der Industrie und den Verkehrsanstalten Deutschlands von 1800—1923/24. Halberstadt 1924.

<sup>61</sup> Mehmke: a.a.O., S. 67.

<sup>62</sup> Jean R. Maréchal: La Contribution des Belges et des Français à l'essor de la grande industrie allemande. Revue universelle des mines, 80. Jg., Lüttich 1937. S. 517 ff.

<sup>63</sup> Hans Jürgen von Kleist: Die ausländische Kapitalbeteiligung in Deutschland. (Diss.) Greifswald 1921. S. 53 ff.

<sup>64</sup> Vgl. auch Fritz Redlich: Entrepreneurship in the Initial Stages of Industrialization. Weltw. Archiv, Bd. 75 II (1955), S. 85.

<sup>65</sup> Walther Hoffmann: The Take-Off in Germany. In: Walt W. Rostow (Hrsg.): The Economics of Take-Off into Sustained Growth. London 1963. S. 112. — Zur

hen kann —, so wird sich im ganzen gesehen doch ein ausreichender Kapitalbestand für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland ergeben. Führend dürfte dabei das Handelskapital und die durch die Grundentlastung mobilisierten Kapitalien der Grundherren gewesen sein. Aber auch einzelne Ersparnisse, Rücklagen eines in den Städten teilweise doch schon wohlhabenden Bürgertums, ererbtes Vermögen und ähnliches mehr dürften zusammengenommen einen beachtlichen Bestand ergeben. Wie groß die Ergiebigkeit der einzelnen Quellen wirklich war, wird sich in exakten Zahlen nicht ermitteln lassen; ob sie insgesamt ausgereicht hat, läßt sich vielleicht von der Verwendung des Kapitals, von der Nachfrageseite, her beurteilen.

Diese Verwendung der Kapitalien läßt erkennen, daß ganz bestimmte Anlagemöglichkeiten im Vordergrund standen, der industrielle Sektor wurde dabei mehr als stiefmütterlich behandelt. Die Kapitalanlage in Industriebetrieben galt als äußerst gewagtes Unternehmen, und im bayerischen Landtag wurde 1819 erstaunlich die Frage erörtert, ob man es einem Bankinstitut überhaupt gestatten dürfe, sich in diesem Bereich zu betätigen<sup>66</sup>. Die Übernahme von Staatsanleihen gleich welcher Herkunft erschien den Bankiers immer noch als die sicherste und rentabelste Anlage<sup>67</sup>; eine Ansicht, der sich auch sonstige private Kapitalbesitzer gerne anschlossen, soweit sie es nicht vorzogen, ihr Kapital allein in Grund und Boden anzulegen. Selbst ausländische Unternehmungen genossen bei Bankiers und Kapitalbesitzern mehr Vertrauen als die heimische Industrie. *Matchoss*<sup>68</sup> berichtet, daß für einen mexikanischen Bergwerksverein oder die Rheinisch-Westindische Kompanie zwischen 1820 und 1830 im Rheinland und in Westfalen viel leichter Geld zu bekommen war als für die Entwicklung der heimischen Bergbau- und Hüttenindustrie. Hier findet sich die Bestätigung für die von *Borchardt* wiedergegebene Behauptung *Jenks*: „Industrialy self-sufficient, the Rhinelands were already exporting capital“<sup>69</sup>, wenngleich *Jenks* Begründung dieses Kapitalexportes nicht zutrifft. Wie schlecht müssen die Chancen der jungen deutschen Industrie beurteilt worden sein, wenn Entwicklungsprojekte in Amerika eher förderungswürdig erschienen! Zweifellos sind hier die Zusammenbrüche deutscher Unternehmen nach Aufhebung der

Diskussion um die Bedeutung ausländischer Kapitalien vgl. auch *Borchardt*: Kapitalmangel, a.a.O., S. 412, Anm. 42.

<sup>66</sup> Vgl. dazu *Borchardt*: Kapitalmangel, a.a.O., S. 410.

<sup>67</sup> Martin Gehr: Das Verhältnis zwischen Banken und Industrie in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Bankenkrise von 1931 unter besonderer Berücksichtigung des industriellen Großkredits. (Diss.) Tübingen 1959, S. 4.

<sup>68</sup> Conrad *Matchoss*: Preußens Gewerbeförderung und ihre großen Männer. Berlin 1921, S. 69.

<sup>69</sup> *Borchardt*: Kapitalmangel, a.a.O., S. 413, Anm. 42.

Kontinentalsperre für die Entscheidungen der Kapitalanleger mitbestimmend gewesen<sup>70</sup>.

Eine Betrachtung der zahlreichen am deutschen Markt abgesetzten Neuemissionen in- und ausländischer Staatsschuld papiere zeigt, ähnlich wie beim Eisenbahnbau der 1840er Jahre, in welchem Umfang anlagesuchendes Kapital vorhanden war. Die mit der 1815 beginnenden langjährigen Friedensära einsetzende Ordnung des Staatsschuldenwesens sowie die auf dem Wertpapiermarkt am frühesten einsetzende Marktübersicht, aber auch das Vertrauen in die staatlich-monarchische Ordnung ließen diese Anlage als absolut sicher erscheinen. „Auf dem preußischen Kapitalmarkt“, so resumiert *Ritter*<sup>71</sup>, „gab es einen Überschuß an Kapital, welcher die Anlage in Staatsanleihen suchte, während es an Kapital für die Industrie fehlte“. Langfristig disponierende, auf sichere Anlage bedachte Kapitalbesitzer fanden hier ebenso ein weites Tätigkeitsfeld wie Spekulanten und „Zufallskapitalisten“ aller Bevölkerungskreise, die hofften, schnell und leicht ihr Kapital zu vermehren. Andere deutsche Staaten boten das gleiche Bild. Aus Württemberg wurde z. B. berichtet, daß „mangels Gelegenheit, Geld im Lande auf sichere Weise unterzubringen, eifrig französische, russische und holländische Papiere gesucht werden“<sup>72</sup>. War im Inland einmal keine Möglichkeit zur Kapitalanlage in Staatspapieren gegeben, so war man lieber bereit, Kapital in ausländischen Papieren dieser Art anzulegen als bei inländischen industriellen Unternehmen<sup>73</sup>. Die reibungslose Aufbringung des Investitionskapitals für den Eisenbahnbau bis 1850 wurde bereits erwähnt; andere, d. h. industrielle Anlagemöglichkeiten waren offenbar nicht diskutabel, selbst dann nicht, wenn die wenigen vorhandenen Banken ihre Depositen kündigten und die Zinsen herabsetzten, „weil es an Anlagemöglichkeiten fehle“<sup>74</sup>.

Außer bei industriellen Investitionen scheinen Klagen über einen Kapitalmangel überhaupt nicht vorzukommen, viel eher wird eine mangelnde sichere Anlage für vorhandene Mittel beklagt. So stützen sich auch alle Untersuchungen, die der These vom Kapitalmangel widersprechen, auf den Bereich der Banken, des Geld- und Effektenmarktes. Stets wenn jedoch Unternehmerbiographien und firmengeschichtliche Abhandlungen betrachtet werden, wird man immer wieder

<sup>70</sup> Über die Gründe der Zurückhaltung der Kapitalbesitzer bei Investitionen im industriellen Bereich vgl. auch *Winkel*: a.a.O., S. 5.

<sup>71</sup> Ulrich Peter *Ritter*: Die Rolle des Staates in den Frühstadien der Industrialisierung. Berlin 1961. S. 123.

<sup>72</sup> *Brockhage*: a.a.O., S. 201.

<sup>73</sup> Zahlreiche Beispiele dafür bietet die Wiederanlage des adeligen Grundherren zugeflossenen Ablösungskapitals. Vgl. *Winkel*: a.a.O.

<sup>74</sup> So die Königliche Hofbank in Stuttgart 1826, die Preußische Bank in Berlin noch 1851; vgl. *Klein*: a.a.O., S. 100 und *Sombart*: a.a.O., S. 80.

auf Finanzierungsschwierigkeiten treffen. Das gelegentliche Eintreten ausländischer Kapitalisten hat dann hier dazu geführt, ihnen die tragende Rolle bei der Industrialisierung Deutschlands zuzusprechen.

Gewiß hat die von Traditionen weniger belastete, freiheitliche Wirtschaftsführung der westlichen Nachbarländer Deutschlands es verstanden, die Frage der Umwandlung von Geldkapital in industrielles Anlagekapital schneller und leichter zu lösen, als dies in Deutschland der Fall sein konnte<sup>75</sup>. Im ganzen gesehen waren die ausländischen Kapitalisten risikofreudiger und neuen Entwicklungen gegenüber aufgeschlossener als die deutschen Kapitalgeber. Sie konnten sich — und dies gilt in besonderem Maße für England — auf einen durch langjährige Gewinne aus dem Export von Industriewaren erworbenen finanziellen Rückhalt stützen, der größere Wagnisse zuließ; sie hatten die besseren Kenntnisse der technischen Risiken im Umgang mit Maschinen, im Bergbau; sie konnten Entwicklungschancen auf Grund eigener Erfahrungen besser abschätzen, so daß auch objektiv eine Kapitalanlage im industriell noch unerschlossenen Raum für sie ein geringeres Wagnis sein konnte als für die unerfahrenen inländischen Unternehmer und Kapitalbesitzer. Gewisse Pionierdienste können den ausländischen Kapitalisten nicht abgesprochen werden, doch waren es auch hier der persönliche Wagemut, der Erfindergeist und die Stärke des freien Unternehmertums, die den Lauf der Dinge bestimmten, nicht das Kapital allein.

Welche Gründe auch immer für die ausländische Beteiligung bei der Industrialisierung Deutschlands angeführt werden können, die Begründung, Deutschland habe überhaupt nicht über das notwendige Kapital verfügt, ist nicht haltbar. Gewiß hat sich der Kapitalansammlungsprozeß relativ langsam vollzogen; Schwierigkeiten durch eine zu weitgehende Stückelung investierbarer Mittel bei unzureichenden Bankverbindungen und fehlender Markttransparenz haben in der ersten Jahrhunderthälfte sicher bestanden<sup>76</sup>, doch können die mangelhafte Bankorganisation und die dadurch unzureichende Konzentration und Öffentlichkeit des Kapitalangebotes nicht allein für die zögernde Bereitstellung industriellen Investitionskapitals verantwortlich gemacht werden<sup>77</sup>. Sie könnten es dann, wenn die vorhandenen größeren Kapitalakkumulationen bereits in die Industrie voll aufgenommen worden wären. Eigentümer und Verfügungsberechtigte dieser Kapitalien aber

<sup>75</sup> Hans Mottek: Zum Verlauf und zu einigen Hauptproblemen der industriellen Revolution in Deutschland. In: Mottek-Blumberg-Wutzmer-Becker (Hrsg.): Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland. Berlin-Ost 1960. S. 27.

<sup>76</sup> Vgl. etwa Clemens Dunker: Der Kapitalbedarf und seine Befriedigung bei den Kölner Unternehmungen im 19. Jahrhundert. (Diss.) Köln 1950. S. 19. — Ferner Pierre Benaerts: Les origines de la grande industrie allemande. Paris 1933. S. 258.

<sup>77</sup> Dies z. B. bei Legge: a.a.O., S. 12.

waren nicht bereit, das ihnen fremde, risikoreiche Industriegeschäft zu finanzieren, „sie hielten jede industrielle Kapitalanlage für ein Lotteriespiel, für halb verloren von Anbeginn an“<sup>78</sup>, sie waren aber „verlegen um nutzbringende Anlagemöglichkeiten und infolgedessen gezwungen, ihre Mittel nutzlos liegen zu lassen“<sup>79</sup> oder in den „unsolidesten Staats- und sonstigen Papieren“<sup>80</sup> zu investieren. Mit gutem Recht kann man sagen, daß nicht ein genereller Kapitalmangel der Industrialisierung Schwierigkeiten bereitete, sondern allein die mangelnde Anlagebereitschaft vorhandener Kapitalfonds für industrielle Zwecke.

## V.

Die Gründe für diese Zurückhaltung der Kapitalbesitzer im industriellen Bereich sind vielschichtig, aber auch verständlich. Zunächst waren Aufbau und Unterhaltung komplizierter technischer Einrichtungen nur wenigen Fachleuten vertraut, und man hatte mit mancherlei Rückschlägen und wirtschaftlichen Einbußen zu rechnen. Die wichtigsten technischen Grundlagen — Dampfmaschine, mechanischer Webstuhl, Puddelverfahren, Kokseinsatz usw. — waren englische Erfindungen und konnten nur mit englischer Hilfe übernommen und nachgebaut werden. Der Zusammenbruch vieler unter dem Schutz der Kontinentalsperre großgewordener Unternehmen, die nach 1815 der englischen Konkurrenz unterlagen, schuf Mißtrauen und Ablehnung jeglichen industriellen Engagements. Allenfalls konnte eine industrielle Tätigkeit dort, wo sie mit regem Handel und Warenverkehr unmittelbar im Zusammenhang stand, zur Kapitalanlage reizen. Im Handel waren bisher die großen Vermögen verdient worden, diese Tätigkeit war weder neu, noch schien sie allzu risikoreich. Vielleicht ist auf diese Einstellung der Kapitalbesitzer zurückzuführen, daß das den Handel so erleichternde neue Verkehrsmittel Eisenbahn bei allen Kapitalgebern bald größtes Wohlwollen fand. Hinzu kommt weiter, daß der neue industrielle Unternehmer zwischen dem „königlichen Kaufmann“ und dem geachteten alten Zunfthandwerker sich erst seine gesellschaftliche Stellung erringen mußte.

Der gesellschaftliche Standort hat ebenso wie die politische Umwelt, die Rechtsordnung und ähnliche Daten einen so erheblichen Einfluß, daß eine Vernachlässigung dieser Faktoren zugunsten rein ökonomischer Tatbestände niemals zu einer befriedigenden Erklärung des Ver-

<sup>78</sup> Ludwig Beck: Die Geschichte des Eisens in technischer und naturgeschichtlicher Beziehung. 4. Abt.: Das 19. Jahrhundert von 1801—1860. Braunschweig 1899. S. 692.

<sup>79</sup> Leo Kluitmann: Der gewerbliche Geld- und Kapitalverkehr im Ruhrgebiet im 19. Jahrhundert. Bonn 1931. S. 36.

<sup>80</sup> Beck: a.a.O., S. 692.

haltens der Kapitalbesitzer führen kann. Standesbewußtsein und Familientradition stehen oft im Hintergrund der wirtschaftlichen Entscheidungen; sie schließen ein rationelles Verhalten zwar nicht aus, engen aber den Raum, in dem solches wirksam wird, ein. Das Verhalten des Adels und anderer grundherrschaftlicher Kapitalbesitzer bietet dafür Beispiele genug<sup>81</sup>. Motive aus politischen, familiären und anderen soziologischen Bereichen bestimmen weit stärker als heute die Entscheidung der Kapitalbesitzer.

Auch ist zu bedenken, daß bis weit in das 19. Jahrhundert hinein mercantilistische Vorstellungen noch weit verbreitet waren und dem Staat die Sorge für die industrielle Entwicklung überlassen wollten, gerade auch weil der Staat in fast allen deutschen Ländern immer wieder in die Gründung und Leitung von Unternehmen eingriff. Erst 1851 fiel z.B. das staatliche Direktionsprinzip im preußischen Bergbau zugunsten einer eigenverantwortlichen Unternehmertätigkeit der Eigentümer<sup>82</sup>. Bisher war ja der Staat allein in seinen Manufakturen, landesherrlichen und eigens privilegierten Betrieben in großem Rahmen gewerblich tätig gewesen. Daß an die Stelle des Staates freie Unternehmer treten sollten, daß die Zeit direkter Staatsinterventionen ihrem Ende zuging, daß eine neue Wirtschaftsauffassung den neuen Produktionsbedingungen des Industriealters zum Durchbruch verhelfen sollte, konnte nicht über Nacht jahrhundertealte Traditionen und Vorurteile beseitigen, konnte nicht den Kapitalbesitzern Vertrauen in neue Chancen, in neue Investitionsmöglichkeiten einflößen<sup>83</sup>. *Landes* hat für Deutschland diese Lage treffend charakterisiert: „A good share of the nation's capital was in the hand of people hostile to or at best suspicious of industrial investments<sup>84</sup>.“

Aber noch ein weiterer Punkt ist zu berücksichtigen. Selbst wenn genügend Kapital angeboten wurde, war damit noch nicht die Gewißheit verbunden, daß dieses Kapital auch für den industriellen Aufbau in Anspruch genommen wurde.

*Borchardt*<sup>85</sup> weist schon darauf hin, wie sehr die Einstellung zum „Verschuldungsproblem“ der Nutzung eines Kreditangebotes im Wege stand, wie es als ungewöhnlich, ja fast unmoralisch galt, sich zu verschulden, und welche gesellschaftliche Ächtung den zahlungsunfähigen Schuldner traf. Jahrzehnte sollten vergehen, bis Kreditgeschäfte das

<sup>81</sup> Vgl. *Winkel*: a.a.O.

<sup>82</sup> Vgl. dazu auch *Kluitmann* (a.a.O., S. 39), der den Unternehmer bis dahin noch „gegängelt von der Obrigkeit“ sieht.

<sup>83</sup> Über die nur zögernd wachsende Erkenntnis einer neuen Bedeutung der Wirtschaft vgl. Christian *Hildebrand*: Der Einbruch des Wirtschaftsgeistes in das deutsche Nationalbewußtsein zwischen 1815 und 1871. (Diss.) Heidelberg 1936.

<sup>84</sup> *Landes*: a.a.O., S. 11.

<sup>85</sup> *Borchardt*: Kapitalmangel, a.a.O., S. 411.

Odium des Unreellen, Verdächtigen verloren. Noch 1856 erschrak man „über die gesellschaftlichen und staatlichen Nachteile, den besorgnis-erregenden Sittenzerfall, der durch die Kreditgeschäfte der Banken und Aktienemissionen großer Gesellschaften gefördert wird“<sup>86</sup>. Die Furcht vor einer Kreditaufnahme oder einer langfristigen Kapitalbindung erwuchs nicht zuletzt auch aus den äußerst unsicheren Absatzbedingungen, die erst nach Vervollkommnung der Eisenbahn und des Verkehrsnetzes sowie der Markterweiterung durch den deutschen Zollverein eine Besserung erfuhren. Gut und sicher wurde in der ersten Jahrhunderthälfte allein durch die Kapitalanlage in Wertpapieren verdient, und insoweit kann man den Kapitalbesitzern auch nicht vorwerfen, sie hätten sich unökonomisch verhalten, sie hätten besser ihre Kapitalien in der Industrie angelegt.

Die Abneigung der Kapitalisten gegen die neue industrielle Anlagentmöglichkeit, die bald gleich große und schließlich sogar bessere Chancen bieten sollte als das Wertpapiergeschäft, der Handel oder Eisenbahnbau, ging erst in der zweiten Jahrhunderthälfte zurück, ebenso wie auch erst dann die Einsicht wuchs, daß die Inanspruchnahme fremden Kapitals keineswegs einen tadelnswerten Verschuldungsprozeß einzuleiten brauchte, sondern Bedingung war, einen Industrialisierungsprozeß erst in Gang zu bringen.

Die Gründe dieser sich ändernden Einstellung der Kapitalbesitzer sollen hier nicht mehr umfassend analysiert werden: Es mag die zunehmende Mobilisierung des adelig-grundherrlichen Kapitalbesitzes gewesen sein, die den sich immer übersichtlicher herausbildenden Kapitalmarkt sicherlich beeinflußt hat, es mögen die ersten industriellen Erfolge tüchtiger Unternehmer, die sich allen Widerständen zum Trotz durchzusetzen vermochten, gewesen sein; weiter haben die mit der Einführung des Eisenzolls 1844 auch im deutschen Zollverein anerkannten schutzzöllnerischen Interessen der jungen Industrie deren Stellung gefestigt, schließlich mag auch die vom Staat 1848/49 zurückgewiesene bürgerliche Tatkraft sich anderen Bereichen zugewandt, sich in wirtschaftlicher Aktivität erschöpft haben<sup>87</sup>. Gesetzliche Fortentwicklung, wie die Kodifizierung des Aktienrechts in Preußen 1843, die Reform des Bergrechts 1851, der Abschluß der großen Agrarreform — bezeichnend hier der endgültige Übergang von der Natural- zur Kapitalentschädigung in Preußen 1850 — mögen ebenso zur Wandlung beigetragen haben, wie die auf Drängen von Kaufleuten und Unternehmern endlich um die Jahrhundertmitte beginnende Kapitalorganisation.

<sup>86</sup> Ohne Verf.: Die Aktiengesellschaften, volkswirtschaftlich und politisch betrachtet. Deutsche Vierteljahrsschrift, 4. Heft, 1856, S. 49 f.

<sup>87</sup> So Ludwig Beutin: Das Bürgertum als Gesellschaftsstand im 19. Jahrhundert. Blätter für deutsche Landesgeschichte, 90. Jg. (1953), S. 144.

## VI.

Mangelnde Risikobereitschaft, fehlender industrieller Wagemut, traditionelle und gesetzliche Bindungen, aber auch ausreichende Anlagermöglichkeiten in sicheren, altbewährten Formen haben dem vorhandenen Kapital den Weg zur Industrie bis zur Jahrhundertmitte versperrt, haben die industrielle Entwicklung Deutschlands so auch verzögert. Dieses Ergebnis legt einen Vergleich mit dem industriellen Vorbild England nahe, das ja ebenfalls — wenn auch rund 50 Jahre früher — ein solches Anlaufstadium zu überwinden hatte. Wie war es dort um die Kapitalquellen bestellt, wie groß war dort die industrielle Anlagerbereitschaft?

*Borchardt* hat 1968 in einem biographischen Überblick eine Zusammenstellung der englischen Untersuchungen zu dieser Frage gegeben<sup>88</sup>. Als Ergebnis wird dabei „allgemein akzeptiert, daß es in England keinen Kapitalmangel im Sinne eines Engpasses von Finanzierungsmitteln für das Wachstum der Industrie gegeben hat“<sup>89</sup>, und insoweit scheint die Situation für die jungen englischen Unternehmer gegenüber ihren späteren deutschen Nachfolgern doch günstiger gewesen zu sein. Andererseits wird aber auch für England geklagt, daß ein vorhandenes Kapitalangebot keine Investitionsgelegenheiten fand, daß es problematisch war, dem „liquiden Kapital die richtige Richtung zu geben“<sup>90</sup>, d. h. daß auch hier vorhandenes Kapital nicht bereit war, sich im industriellen Bereich zu engagieren. Detailforschungen kommen zu der Schlußfolgerung, daß Handelskapital einschließlich der in See- und Kolonialhandel verdienten Gelder nur selten in industriellen Gründungen investiert wurde, daß Bankkapital ebenfalls nur eine geringe Rolle gespielt und auch die Landwirtschaft mehr Kapital aufgenommen als für Investitionen in anderen Bereichen zur Verfügung gestellt habe. Dagegen wird für die Bereitstellung industriellen Anlagekapitals dem Staat ein gewisser Einfluß eingeräumt, und im übrigen wird hier wieder auf die Selbstfinanzierung hingewiesen<sup>91</sup>. Für letztere müssen die bereits oben erwähnten Einschränkungen gelten, bei der Neugründung kann es sich nur um den Einsatz von eigenen Ersparnissen, Darlehen von Freunden und Verwandten und ähnlichem handeln, der hier unter den so erweiterten Begriff Selbstfinanzierung fällt.

<sup>88</sup> Knut *Borchardt*: Probleme der ersten Phase der industriellen Revolution in England. *Vierteljahrsschrift f. Sozial- u. Wirtschaftsgesch.*, 55. Bd. (1968), S. 1 ff.  
— Vgl. auch Bert F. *Hoselitz*: Unternehmertum und Kapitalbildung in Frankreich und England seit 1700. In: Wolfram *Fischer* (Hrsg.): *Wirtschafts- und Sozialgeschichtliche Probleme der frühen Industrialisierung*. Berlin 1968. S. 285 ff.

<sup>89</sup> *Borchardt*: Probleme, a.a.O., S. 56.

<sup>90</sup> So ein von *Borchardt* wiedergegebenes Zitat von *Cameron* (*Borchardt*: Probleme, a.a.O., S. 58).

<sup>91</sup> *Borchardt*: Probleme, a.a.O., S. 58 f.

Etwas skeptisch sollte man der Beurteilung der Rolle von Landbesitzern und Handel gegenüber stehen. Auch in der englischen Literatur sind die Auffassungen über ihren Beitrag zur industriellen Entwicklung, wie aus den bei *Borchardt* zusammengestellten Quellen hervorgeht, nicht ganz einheitlich. Ein wesentlicher Unterschied zum deutschen grundbesitzenden Adel liegt doch wohl darin, daß die englische grund- und kapitalbesitzende Oberschicht sehr viel früher aus dem reinen Agrarbereich herausgeführt, „kommerzialisiert“ worden ist. Schon von den deutschen Merkantilisten werden die Erfolge Englands als Kolonial- und Handelsmacht nicht zuletzt der aktiven Teilnahme vermögender Adeliger an den „Commerzien“ zugeschrieben, während in Deutschland dem Adel die Kaufmannschaft verschlossen blieb<sup>92</sup>. Das Kapital wurde dadurch vom Grundbesitz gelöst, ein Vorgang, der sich in Deutschland erst im Zuge der Ablösungsgesetzgebung um die Mitte des 19. Jahrhunderts vollzog, wurde offen und aufgeschlossen für andere Anlagen; man erkannte eben schon früher als der oberschlesische Adel um die Wende zum 19. Jahrhundert, daß mit Erz, Kohle und Textilien mehr zu gewinnen ist als mit Getreide und Kartoffeln. Einen Beweis für die frühe wirtschaftliche Aktivität des englischen Adels liefert auch *Colbert*, der sich auf Grund englischer Erfahrungen in Frankreich mit zwei Edikten von 1664 und 1669 bemüht, den grundbesitzenden Adel als Finanzier gewerblicher Tätigkeiten zu gewinnen, und ihm unter Hinweis auf das englische Vorbild vor allem den Seehandel als „natürliche und legitime“ Erwerbsquelle anpreist<sup>93</sup>.

Seit England unter den westeuropäischen Seefahrer- und Kolonialmächten die Führungsrolle übernommen hatte, flossen aus dem Kolonial- und Sklavenhandel große Handelsgewinne ins Land. Auch Eroberungszüge und Seeräuberei brachten Reichtum, der keineswegs nur konsumtiv verwendet wurde. Wer auch immer über diese Kapitalien verfügberechtigt war, es läßt sich doch annehmen, daß von den hier erworbenen Mitteln, und sei es über Umwege, manche im industriellen Sektor eingesetzt wurden. Dies um so mehr, als welterfahrene Kaufleute, Schiffsreeder oder sonst Beteiligte wohl wußten, welche Exportwaren England konkurrenzlos herstellen und absetzen konnte, wie risikolos manche Produktion war, wenn z. B. die englische Textilindustrie Mühe hatte, den Bedarf Indiens überhaupt zu decken.

<sup>92</sup> Vgl. etwa Heinrich Gottlob *Justi*: Der handelnde Adel dem der kriegerische Adel entgegengesetzt wird, zwei Abhandlungen über die Frage: ob es der Wohlfahrt des Staates gemäß sei, daß der Adel Kaufmannschaft treibe? Göttingen 1756. S. 282 ff. — Zum Unternehmertum des englischen Adels siehe auch Lawrence Stone: The Nobility in Business 1540—1640. In: Barry E. Supple (Cambridge Research Center in Entrepreneurial History) (Hrsg.): The Entrepreneur. Papers presented at the Annual Conference of the Economic History Society at Cambridge, England. 1957. S. 14.

<sup>93</sup> André Piettre: *Economie dirigée d'hier et d'aujourd'hui*. Paris 1947. S. 71.

Alles in allem dürfte die Bereitschaft kapitalkräftiger Kreise für industriell-gewerbliche Investitionen hier doch eher gegeben gewesen sein als etwa in Deutschland.

Schließlich war wohl auch der Kapitalbestand bei einer relativ breiten Mittelschicht in England nicht unerheblich, was teilweise die Gründung industrieller Unternehmen aus Eigenmitteln, Verwandtendarlehen, Freundesassoziationen u. a. erleichtert haben dürfte. Die zahlreichen Häfen, Schiffsbauten, die Versorgung und Ausstattung von Schiffen und Matrosen, die Beschaffung und der Ersatz von nach Übersee mitzunehmenden oder dort eingetauschten Waren — alles dies verlangte Handwerker, Händler, Zulieferer, Schiffsausrüster, Gastwirte und viele andere Menschen mehr, die hier Gewinnchancen fanden und nutzten.

Fügt man noch ein früh ausgeprägtes rationales Denken, nicht zuletzt wiederum durch den Umgang mit Nautik und Seefahrt bedingt, oder auch Einflüsse der calvinistischen Lehre hinzu und erkennt man die intensive staatliche Förderung, die noch ganz unter mercantilistischen Vorzeichen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gerade auch in England geleistet wurde, wie z. B. Erfindervergütungen und Zuschüsse, so ergeben sich für den Kapitalbestand und seine Anlage, für die Faktoren, die seine Verwendung gerade im industriellen Bereich begünstigten, in der englischen industriellen Anlaufperiode eben doch ganz andere Voraussetzungen als später in Deutschland. Als sich Staat, Politiker und Nationalökonomen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit dem Aufbau einer Industrie in Deutschland zu beschäftigen begannen, hat man diese gegenüber dem englischen Vorbild veränderte Lage teilweise erkannt und oft intuitiv durch die verschiedenen Maßnahmen zu korrigieren versucht. Die staatliche Gewerbeförderungspolitik in Preußen, einem Staatswesen, das gleichzeitig so stark den ökonomischen Liberalismus betonte, ist dafür ein Beispiel.

## VII.

Fragen wir nun zum Abschluß, was das intensive Interesse der Wirtschaftsgeschichte für die Kapitalausstattung einer Volkswirtschaft am Vorabend der Industrialisierung und für die Finanzierung des industriellen Aufbaus für die Entwicklungspolitik, Industrialisierung und Wachstumsförderung heute bedeuten kann. Auch in den heutigen Entwicklungsländern gibt es eine Grundaristokratie — etwa in Südamerika — und einen sogenannten „Basarkapitalismus“ im afroasiatischen Raum, die nicht bereit sind, ihren vorhandenen Kapitalbestand für die inländische industrielle Entwicklung im notwendigen Ausmaß be-

reitzustellen. Sahen die feudalen Kapitalbesitzer in Deutschland im frühen 19. Jahrhundert allein die Vermehrung des Grundbesitzes oder bestenfalls den Erwerb von Staatspapieren als sichere Anlage an, so trachten moderne Feudalherren danach, ihre Kapitalien im bereits industrialisierten Ausland gewinnbringend und vor heimischen Revolutionen sicher anzulegen. Kapitalbesitzer aus dem Handel haben vielfach ein Interesse, ihre Vormachtstellung zu erhalten, sie können darüber hinaus heute in ganz anderer Weise internationale Möglichkeiten nutzen, als dies etwa die deutschen Kaufleute im 19. Jahrhundert tun konnten, so daß das Interesse an der eigenen nationalen Entwicklung geringer ist. Da eine Industrialisierung heute als bewußt geplante Entwicklung durchgeführt wird, könnte eine entsprechende Steuer-, Spar- und Vermögenspolitik dieses Verhalten der Kapitalbesitzer beeinflussen. Sicher muß eine Reihe Reformen, wie sie ja auch die europäischen Länder im 19. Jahrhundert erlebten (Agrarreform, Bildungsreform usw.), müssen Wandlungen in der Gesellschaftsordnung hinzukommen. Die Geschichte älterer Entwicklungsländer wie Rußland (bis 1914), Japan oder Kanada zeigt, daß ausländische Kapitalhilfe in um so größerem Ausmaß nötig wird, je später ein Land in den Industrialisierungs- und Wachstumsprozeß eintritt. Um so dringlicher wird es für ein Entwicklungsland, inländisches Kapital zu mobilisieren. Eine mindestens gleichbedeutende, wenn nicht noch wichtigere Rolle wie im Europa des 18. und 19. Jahrhunderts dürfte heute die inländische staatliche Kapitalhilfe spielen. Der Hinweis, die europäischen Länder hätten ihre Industrialisierung unter dem Vorzeichen des Liberalismus begonnen, staatliche Aktivität sei also auch heute von Übel, übersicht, daß Staatshilfe in vielfältiger Form bis weit in das 19. Jahrhundert eben doch gewährt wurde. Die Motive der Kapitalbesitzer, sich für bestimmte Anlagen zu entscheiden, zeigen, wie stark gerade in den Ländern, die sich in einem gesellschaftlichen Umbruch befinden, auf außenökonomische Größen zu achten ist. Auch hier wird und muß der Staat führend neue Orientierungspunkte setzen, um vorhandenes Kapital in die gewünschte Richtung zu lenken und Ansätze einer neuen eigenen Kapitalbildung zu fördern.

Viele Ergebnisse aus der Skizzierung deutscher Kapitalquellen und deren Ergiebigkeit für den industriellen Aufbau finden so Parallelen in den heutigen Entwicklungsländern: Auch ihnen fehlt eine Spar- und Kapitalbildung weiter Bevölkerungskreise, eine funktionierende Bankenorganisation, auch sie haben einen Kapitalbestand, der nicht bereit ist, ein Risiko industrieller Anlagen zu übernehmen. In gleicher Weise versucht der Staat, durch eigene Aktivität die Entwicklung zu beeinflussen, wenngleich ihm dazu eine breitere Skala an Mitteln zur Verfügung steht und sicher auch skrupelloser eingesetzt wird als im

liberalen 19. Jahrhundert. Hinzugekommen ist eine starke ausländische Kapitalhilfe, wie sie in dieser Form das 19. Jahrhundert nicht gekannt hat.

Diese wenigen abschließenden Hinweise mögen deutlich gemacht haben, wie stark die Wirtschaftsgeschichte auch zur Analyse gegenwärtiger Fragen beitragen kann. Rezepte, wie man Fehler und Leiden der Vergangenheit vermeidet, kann sie nicht geben, jedoch kann sie die Beurteilung neuer (oder alter?) Probleme erleichtern und so ihre Lösung vielleicht beschleunigen.

### Summary

#### Sources and Utilization of Capital at the Dawn of Industrialization in Germany

The paper contains some remarks on the sources and the utilization of capital during the 19th century in Germany. The author examines the question whether or not the relatively late industrial development of Germany is due to the lack of capital. Capital is defined as monetary funds available for investment at any time, possible sources of capital are savings, credits from a banking system, commerce and trade, reinvestment of profits, credits and payments by the government, the feudal landowners and foreign countries.

Only small sums were available from personal savings, a banking system was not existing before 1850. Commerce and trade participated mainly in the railway-boom with considerable amounts. Reinvestment of profits was not possible for the foundation of an enterprise but very important for the later development. Considerable sums came from the state too, who was in permanent discrepancy between mercantilism and liberalism. The feudal landowners disposing of a high capital stock by the liberation of peasants invested their capital in land or public funds only. The contribution of foreign capital has been mostly overestimated.

Nevertheless there was plenty of capital formation, but a lack of readiness to invest capital in industry. For railway and public funds, however, there was no lack of capital at all. A comparison with pre-industrial England shows a little different situation: there was more readiness to invest in industry and less reluctance to take technical risk. Besides, more help was given by the mercantile state in the late 18th century. The developing countries of to-day are confronted with problems similar to those of Germany 1800—1850: They too have rich landowners or “bazar-capitalists” not willing to invest their money for industrial development.